



Mitgliederzeitung der SP Kanton Solothurn
137 Juni 2013



Es braucht politische Bildung

Wir Roten haben bei den kantonalen Wahlen 1,6 Prozent verloren. Das tut weh! Erst recht nach einem so engagierten, sichtbaren Wahlkampf. Ich bekomme noch heute von Menschen aller Parteidouleurs, ja sogar von Politikern, deren Partei selber verloren hat, Hinweise was bei uns Roten falsch gelaufen sein könnte: Dabei behaupten die einen, dass es unsere Migrationspolitik sei, die uns auf dem Land Stimmen koste und der SVP in die Hand spiele. Oder man spricht mich auf die Auftritte von Christian Levrat an, der mit schwerem Geschütz auf Blocher und Co schiesse und so Wählende vergraule. Doch ich sehe einen anderen Zusammenhang, die Politikverdrossenheit.

Das Feindbild der SP ist weiss Gott nicht die SVP. Das Feindbild aller Parteien ist die Wahlabstänze von 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer. Diesen Menschen will ich gerne mit Max Frischs Worten begegnen: «Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei.» Warum diese Gleichgültigkeit? Viele denken, dass es für ihre Lebensverhältnisse völlig unwichtig sei, welche Parteien gewählt werden. Sensationspolitik und gegenseitige Schuldzuweisungen einiger Politiker tragen das Ihre dazu bei. Politikwissenschaftler zeigen in empirischen Studien Fakten zur tiefen Wahlbeteiligung auf: Sozialer Status, Einkommen und Bildung beeinflussen den Wahlbeteiligungsgrad. Je ungleicher ein Land ist,

desto weniger vertrauen die Menschen ihren Politikern und Parlamenten. Je schlechter jemand in die Gesellschaft integriert ist, desto niedriger ist seine Beteiligung am politischen Geschehen. Zunehmend verzichten auch gebildete und wohlhabende Schichten auf ihre Stimmabgabe. Ihre Wahlverdrossenheit steigt, weil sie davon ausgehen, dass sich die Entscheidungsmacht von der Politik und vom Staat hin zur Wirtschaft und zu grossen Unternehmen verlagert.

Es sollte von links bis rechts bedenklich stimmen, dass 2010 in einer vergleichenden Studie unter 38 Ländern Schweizer Jugendliche ein sehr geringes Interesse an Politik zeigen. Was die Absicht betrifft, sich künftig an Wahlen zu beteiligen, liegen wir auf dem achtletzten und bei der Einschätzung politischer

Betrachtet man die aktuellen Reformen des schweizerischen Bildungssystems, scheint politische Bildung kaum eine Rolle zu spielen.

Selbstwirksamkeit gar an vorletzter Stelle. In einem Land, das direktdemokratische Elemente wie Referendums- und Initiativrecht und das Kumulieren und Panaschieren bei Wahlen der Stimmbevölkerung zugesteht, sollte die Lust am Politisieren grösser sein.

Liebe Genossin, lieber Genosse, liebe Sympathisantin und lieber Sympathisant, ich schreibe heute nicht weniger gern an dich als vor den Wahlen und das hat seinen Grund: In den Sektionen und Gemeinden sind engagier-

te und soziale Mitdenkerinnen und Mitdenker. Ich will weiterhin zusammen mit dir und unseren gewählten Regierungs-, Kantons-, Stadt- und Gemeinderatsmitgliedern den Mitmenschen zeigen, dass für unser System der Demokratie die Parteien unverzichtbar sind. Dazu müssen wir fordern, dass unsere Jugend politisch gebildet wird.

Betrachtet man die aktuellen Reformen des Schweizer Bildungssystems, scheint politische Bildung kaum eine Rolle zu spielen. Ganz in diesem Sinn hat 2010 Economiesuisse die Fokussierung auf die sogenannten «Kernfächer» Mathematik und Sprache gefordert. Unsere Jugendlichen brauchen aber das im Rahmen politischer Bildung vermittelte Wissen. Die für ein demokratisches Zusammenleben wichtigen Fähigkeiten der Diskussion, Akzeptanz und Toleranz werden einem nicht in die Wiege gelegt. Diese muss man lernen! Was nützen die Meinungs- und Wahlfreiheit in unserem Land, wenn wir nicht wissen, wie sie auszuüben sind? Wenn wir unsere Parteidemokratie erhalten wollen, so müssen wir gemeinsam für die politische Bildung eintreten. In diesem Sinne freue ich mich auf weitere Besuche in den Sektionen, um zusammen mit euch weiter sachlich, nicht polemisch und gezielt links zu kämpfen für eine gerechtere, solidarische und politisch aktive Gesellschaft.

Franziska Roth
Parteipräsidentin aus Solothurn
rosso17@bluewin.ch



BILDUNG

Der ungebrochene Glaube an die M

Ab dem Schuljahr 2016/2017 sollen im Bildungsraum Nordwestschweiz (SO, BL, BS, AG) flächendeckend einheitliche Checks die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im 3., 6., 8. und 9. Schuljahr in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften messen.

Diese Checks sollen eine Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler zu ausgewählten Kompetenzen ermöglichen. Im Rahmen eines pädagogischen Konzepts werden die Checks durch eine Aufgabensammlung ergänzt, welche den Lehrpersonen während des ganzen Jahres zur Verfügung steht. Das Projekt sieht vor, dass die Leistungsmessungen in erster Linie zur individuellen Förderung und als Orientierungshilfe im Hinblick auf einen Übertrittsentscheid sowie zur Unterrichts- und Schulentwicklung (interne Evaluation) verwendet werden. Auf der Sekundarstufe I sollen die Tests einerseits die Checks privater Anbieter ersetzen, andererseits die Zertifizierung des Schulabschlusses ergänzen. Mittels einer anonymisierten Auswertung (externe Evaluation) will der Kanton so die Wirksamkeit seines Bildungssystems ermitteln. Laut Bildungsverantwortlichen sollen die Checks im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingesetzt werden und nicht als Ranking- und Leistungslohninstrumente dienen. Weitere Informationen zu den Checks im Bildungsraum Nordwestschweiz finden sich im Internet: <http://www.bildungsraum-nw.ch>

Trotz teilweise bedenklicher Ergebnisse und Erfahrungen in anderen Ländern beteiligt sich auch der Kanton Solothurn an diesem Projekt. Mit den geplanten Leistungstests will man also die Kinder und Jugendlichen fördern, den Lehrpersonen Wissenslücken ihrer Schülerinnen und Schüler aufzeigen, der Schule die Qualitätsentwicklung erleichtern und den Kantonen die Evaluation der Bildungssysteme ermöglichen. Edle Ansprüche, aber es steckt mehr dahinter! Fragezeichen sind vor allem in Bezug auf die Leistungstests in der Primarschule zu setzen. Sinnvoll ist es, wenn Tests dazu beitragen, den Lernstand der Kinder zu beschreiben, um sie nachher gezielter fördern zu können. Letzteres findet aber in den Klassen bereits statt. Für die summative Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler haben Checks – wie jede Einzelprüfung auch – jedoch wenig Aussagekraft, da das Resultat stark von der Tagesform der Teilnehmenden abhängt. Wichtige Bedingungen



© fotolia

INTERPELLATION

Mittels einer Interpellation wollte ich die Öffentlichkeit auf mögliche Folgen (auch finanzielle) von flächendeckenden Tests und die datenschutzrechtlichen Unsicherheiten sensibilisieren. Die Debatte im Kantonsrat zeigte auf, dass sich auch die anderen Parteien gegen die Veröffentlichung von Rankings aussprechen. Man ist aber mehrheitlich der Meinung, dass die vorgesehene Reglementierung dafür ausreicht. Auch die flächendeckende Einführung wurde vor allem aus «der Wirtschaft dienenden» Überlegungen mehrheitlich begrüsst, obwohl die angesprochenen negativen Effekte bestätigt wurden. Die Antworten der Regierung sind für mich nicht zufriedenstellend. Qualitätsüberprüfung, Rechenschaftslegung der Unterrichtstätigkeit und förderorientierte Checks sind für die SP richtig, aber diese Tests verfehlen in der geplanten Ausführung die Ziele und sind dazu kostenintensiv.

Der LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) lässt im Moment die datenschutzrechtlichen Aspekte zur Verhinderung der Veröffentlichung von Rankings abklären. Dieser für September erwartete Bericht wird Grundlage für das weitere Vorgehen sein.

Messbarkeit

sind zu beachten, damit keine negativen Folgen resultieren: Die Ergebnisse müssen zwingend vertraulich bleiben und der Testzeitpunkt so früh angesetzt sein, dass eine anschliessende Förderung zeitlich noch möglich und sinnvoll ist. Auf jeden Fall ist es aber ein Schuss über das Ziel hinaus, wenn flächendeckende Prüfungen kreiert werden, bei welchen Rankings und Vergleiche untereinander praktisch

nicht zu verhindern sind. Mittels parlamentarischen Beschlusses ist eine Veröffentlichung der Daten (Öffentlichkeitsgesetz) möglich. Das ist heikel! Vor allem für die Gemeinden: Wenn Rankings erstellt werden, führt das zu einer Diskreditierung von einzelnen Gemeinden (analog der Studie der Credit-Suisse zur Attraktivität der Gemeinden). Gemeinden mit ungünstiger Sozialstruktur und schlechter Finanzlage etc.

Sinnvoll ist es, wenn Tests dazu beitragen, den Lernstand der Kinder zu beschreiben, um sie nachher gezielter fördern zu können.

geraten in eine Abwärtsspirale: schlechte Schule, bildungssensible Leute ziehen weg oder gar nicht dorthin. Erfahrungen in anderen Ländern haben bereits gezeigt: Die mediale Aufmerksamkeit erreicht man mit reisserischen Schlag-

zeilen zu Ranglisten, deren Aussagen für die Schulqualität nicht relevant sind.

Um die Gefahren von Rankings und oben genannten Szenarien zu bannen, gibt es wiederum verschiedene Möglichkeiten: individuelle Testdurchführungen, Auswahl von zwei Testangeboten, keine flächendeckenden Tests zum gleichen Zeitpunkt. Eine vorgängige Schaffung von rechtlichen Absicherungen

im Datenschutz ist zwingend. Diese Thematik darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Weiter ist wichtig, dass die Checks auf den Lehrplan 21 und auf das Übertrittsverfahren in die Sek1 abgestimmt werden.

Die Tendenz, dass das Gewicht immer mehr auf «Kopflastiges» gelegt wird, verschärft sich in unserem Kanton durch die Einführung dieser Leistungstests zusehends. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird es nicht zu verhindern sein, dass einem unsinnigen «learning to the test» und einer Einengung der Bildung auf testbare «Inhalte» Vorschub geleistet wird. Unsere Schule ist viel mehr, als man mit einem «Leistungscheck» prüfen und erfassen kann.

Mathias Stricker

Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch



Vaterschaftsurlaub – Kanton ist sehr bescheiden

Als ich im Januar 2012 mit einem Vorstoss einen Ausbau des heutigen Vaterschaftsurlaubes von mageren zwei Tagen forderte, fand ich sowohl beim Regierungsrat wie auch im Kantonsrat kein Gehör. Sparen war angesagt. Nachdem ein Monat vorher die Steuern für natürliche Personen um vier Prozentpunkte gesenkt wurden und damit Einnahmen von ca. 20 Mio. Franken fehlen!

Wie auch der Bund gewährt die meisten Kantone fünf Tage Urlaub. Auf 1. Juli erhöht jedoch der Bundesrat für seine Mitarbeiter den Urlaub auf zwei Wochen.

Die Bundesverwaltung folgt damit einem Trend, der in den letzten Jahren einen Grossteil der Schweizer Arbeitgeber erfasst hat. Wie eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» bei rund 50 Unternehmen zeigt, haben viele einen Vaterschaftsurlaub von ein bis zwei Wochen eingeführt.

Die Zeitung vermerkt, dies sei «selbstverständlich geworden für Arbeitgeber, die sich als familienfreundlich verstehen». Die Zeiten und Meinungen haben sich im Kanton kaum geändert. Es muss gespart werden. Daher haben die bürgerlichen Parteien die Steuersenkung für natürliche Personen nicht rückgängig gemacht und erneut auf Einnahmen von ca. 20 Mio. Franken verzichtet!? Und dies trotz einem Voranschlag mit einem Defizit deutlich über 100 Mio. Franken, auch für die kommenden Jahre!

Ich befürworte eine angemessene Verlängerung des Vaterschaftsurlaubes von den aktuell zwei Tagen. Aus den genannten Gründen bin ich noch mehr überzeugt, dass dies ein nötiger, ja ein überfälliger Schritt ist.

Es würde frischgebackenen Vätern ermöglichen, die Anfangsphase ihres Kindes voll mitzuerleben, ihre Partnerin zu unterstützen und allfällige weitere Kinder zu betreuen. Die Regierung des Kantons Bern zeigte sich fortschrittlicher und gestand ein, dass ihre zwei Urlaubstage im Vergleich relativ bescheiden seien; sie will eine Erhöhung prüfen. Auch ich erhöhe lieber die Vattertage, als die Bezüger hoher Einkommen weiterhin mit Steuerentlastungen zu beschenken.

Simon Bürki-Kopp

Kantonsrat aus Biberist
simon-buerki@bluewin.ch

MEIN
STAND
PUNKT



Aus dem Kantonsrat

Anlässlich der Mai-Session hat das Parlament, wie alle vier Jahre, die Beamten gewählt. Für die SP ist der Ausgang höchst erfreulich. Am verkleinerten Steuergericht (von 7 auf 5 Sitze) konnte sie mit Aristide Roberti und Christian Winiger ihre Sitze halten, und am Obergericht (Ersatz) mit **Lisa Lamanna Merkt** (neu) und Stefan Hagmann (bisher) den Sitz von Herbert Bracher halten. Ebenfalls mit Spitzenresultaten wiedergewählt wurden die Oberrichter Beat Stöckli, Daniel Kiefer und Thomas Flückiger, der Präsident des Jugendgerichts Ueli Kölliker und Jugendrichterin Marlene Grieder, sowie Sabine Husi und Domenic Fässler von der Staatsanwaltschaft.



Neues Ersatz-Mitglied des Obergerichts:
Lisa Lamanna Merkt

Fraktionsausflug

Der Fraktionsausflug 2013 fand im Naturpark Thal statt. Manch eine/r war bezüglich der Vielfältigkeit überrascht. Während die einen in die Welt alter Tanksäulen und von Oldtimern entführt wurden, besuchten andere die Holzschnitzelheizung des Wärmeverbundes in Balsthal und das Pelletwerk in der Klus. Zuvor referierte Thomas Schwaller, Präsident des Vereins Region Thal und ehemaliger Kantonsrat, über die Entstehung des ersten Naturparks in der Schweiz sowie über dessen laufende und zukünftige Projekte. Beim gemeinsamen Abendessen bekräftigte Fraktionspräsidentin Fränzi Burkhalter-Rohner den Erhalt von guten Traditionen – die Pflege der Geselligkeit mit ehemaligen und aktiven Parteimitgliedern aus Verwaltung und Politik. Organisator Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal, hat ein für alle attraktives Programm zusammengestellt und bei schönstem Wetter das Thal vielen Genossinnen und Genossen eindrücklich näher gebracht.



Kantonsräte Urs von Lerber und Roger Spichiger



Abendessen im Sportzentrum «Moos»



Kantonsrat Fabian Müller, Nationalrätin Bea Heim



alt Regierungsrat Rudolf Bachmann



Andreas Bühlmann, Chef Amt für Finanzen, und Kantonsrat Jean-Pierre Summ



Kantonsratspräsidentin Susanne Schaffner-Hess



Kantonsrätin Luzia Stocker und Regierungsrat Peter Gomm



Daniela Gerspacher und Jürg Ottiger von der SP-Partei Thal-Gäu



Hubert Jenni, alt Parteipräsident und Kantonsrat

Die Namen aller Gewählten des Urnengangs vom 9. Juni werden nicht wie angekündigt in dieser Ausgabe veröffentlicht, sondern in der Nr. 138. Vielen Dank für das Verständnis.